

Inhalt

1.	Überzeugte und Ehekandidaten: Motive für die nichteheliche Lebensgemeinschaft	9
1.1	Typische Bezeichnungen der nichtehelichen Lebensgemeinschaft und deren Häufigkeit	9
1.2	Die nichteheliche Lebensgemeinschaft als Gegenmodell zur Ehe	15
1.2.1	Zur Krise der Ehe	15
1.2.2	Was unverheiratete Paare anders machen wollen	17
1.2.3	Beziehungsstruktur und rechtliche Form	20
1.3	Rechtliche Ahnungslosigkeit als Falle	24
1.3.1	Juristischer Volksaberglaube und Ignoranz der Elite	24
1.3.2	Ablehnung rechtlicher Bindung und Schaudern vor dem Gesetz	26
1.3.3	Die Antwort der Juristen	27
2.	Die vertragslose nichteheliche Lebensgemeinschaft	31
2.1	Rechtsverhältnisse während des Zusammenlebens	31
2.1.1	Steuern	31
2.1.1.1	Einkommensteuer	32
2.1.1.2	Lohnsteuer	33
2.1.1.3	Erbschaft- und Schenkungsteuer	35
2.1.1.4	Grunderwerbsteuer	37

2.1.2	Sozialstaatliche Leistungen	38
2.1.2.1	Arbeitslosenhilfe	39
2.1.2.2	Sozialhilfe	42
2.1.2.3	Wohngeld	46
2.1.2.4	BAföG	48
2.1.2.5	Kindergeld	49
2.1.2.6	Prozeßkostenhilfe	50
2.1.2.7	Andere staatliche Transferleistungen	52
2.1.3	Kranken- und Altersversorgung	53
2.1.4	Namensrecht	55
2.1.4.1	Namen der Partner	55
2.1.4.2	Namen der Kinder	57
2.1.5	Schadensersatzansprüche	59
2.1.6	Arbeitsrecht	64
2.1.7	Prozeßrecht	67
2.1.8	Mietrecht	69
2.1.9	Elterliche Sorge und Umgangsrecht	72
2.1.10	Unterhaltsrecht	74
2.1.11	Schuldenhaftung	75
2.1.12	Ausländerrecht	76
2.2	Rechtsverhältnisse bei und nach Auflösung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	77
2.2.1	Rückforderung von laufenden Leistungen und Geschenken	78
2.2.2	Vermögensausgleich	81
2.2.2.1	Zugewinnausgleich im Eherecht	81
2.2.2.2	Vermögensausgleich nach Scheitern der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	83
2.2.2.3	Ausgleichsforderungen bei einzelnen Vermögensgegenständen	86
2.2.3	Kredite und kreditbelastete Vermögensgegenstände	89
2.2.3.1	Rechtslage in der Ehe	90
2.2.3.2	Kein Schuldenausgleich nach Ende der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	92

2.2.3.3	Kreditverpflichtungen auf Vermögen des Partners	94
2.2.3.4	Gesamtschuldnerausgleich (gemeinsame Kreditverpflichtungen)	96
2.2.4	Wohnung und Miete	98
2.2.4.1	Vermieter gegen Mieter und Partner	98
2.2.4.2	Vermieter gegen zwei Mieter	99
2.2.4.3	Mieter gegen Partner(in)	100
2.2.4.4	Mieter(in) gegen Mieter(in)	102
2.2.5	Hausrat	106
2.2.5.1	Hausratsteilung in der Ehe	106
2.2.5.2	Hausratsteilung nach Auflösung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft . .	107
2.2.6	Umgangsrecht mit den Kindern und Auskunftsanspruch	110
2.2.7	Unterhaltsanspruch	114
2.2.8	Tod eines Partners	117
2.2.8.1	Erbrecht des verwitweten Ehegatten	118
2.2.8.2	Erbrecht des Lebensgefährten	120
2.2.8.3	Eintritt des Überlebenden in den Mietvertrag	125
2.3	Schadensverhütung durch Vorsorge	126
3.	Keine Subventionen für das Konkurrenzunternehmen: Regelungsansätze des Gesetzgebers	129
3.1	Gesetzliche Regelungen im Ausland	130
3.1.1	Skandinavische Länder	132
3.1.2	Anglo-amerikanischer Rechtskreis	133
3.1.3	Romanische Länder	138
3.1.4	Slawische Länder	144
3.1.5	Beispiele aus Asien	145
3.2	Aktuelle Lage in der Bundesrepublik	147
3.2.1	Argumente der Ablehnungsfront	147
3.2.2	Druck auf den Gesetzgeber	149

4.	Die Paragraphenbruchbude:	
	Vertragliche Regelungsmöglichkeiten . . .	153
4.1	Wieso vertraglich nichts geregelt wird . . .	153
4.2	Was nicht machbar ist	155
4.2.1	Der Ehe vorbehaltene Rechte	155
4.2.2	Vertragliches Treueversprechen	157
4.3	Was man machen sollte	159
4.3.1	Unverzichtbare Vereinbarungen	159
4.3.2	Musterverträge in der Ratgeberliteratur . .	162
	Nachwort	167
	Anhang	171
	Abkürzungen	171
	Anmerkungen	174
	Register	198